

Zusammenfassung: Jahr 1

Inhaltsverzeichnis

1 Lernfeld 1A - Betrieb und sein Umfeld	1
1.1 tl;dr - Zusammenfassung der Zusammenfassung	1
1.2 Einführung	1
1.3 Werbung	2
1.4 Bedürfnisse, Bedarf und Nachfrage	3
1.5 Betriebliche Kennzahlen	4
1.6 Wirtschaftskreislauf	5
1.7 Der Staat: soziale Marktwirtschaft:	6
1.8 Marktstrukturen und ihre Auswirkungen	6
1.8.1 Ökonomische Prinzipien	6
1.8.2 Anbieter- und Nachfragerverhalten	6
1.9 Kooperation & Konzentration	7
1.10 Entgeltabrechnung	8
1.10.1 Gehaltsbestandteile	8
1.10.2 Abzüge	9
1.10.3 Beispielabrechnung	10
1.11 Rechts- und Geschäftsfähigkeit	10
1.11.1 Rechtsordnung	10
1.11.2 Rechtsgeschäfte	11
1.12 Existenzgründung	12
1.12.1 Unternehmen, Firma und Betrieb	12
1.12.2 Gründen einer Unternehmung	12
1.12.3 Kaufmannseigenschaft	12
1.12.4 Handelsregister	12
1.12.5 Firma	13
1.12.6 Vollmachten	14
1.12.7 Unternehmensformen	16
1.13 Rechtliche Grundlagen (Rechtsordnung)	19
1.13.1 Rechtsordnung: Unterschiede	19
1.13.2 Rechtsfähigkeit	19
1.13.3 Geschäftsfähigkeit	19
1.13.4 Deliktfähigkeit	19
1.13.5 Rechtsgeschäfte	20
1.13.6 Nichtigkeits Verträge:	20
1.13.7 Anfechtbare Verträge:	20
1.14 Störungen im Beschaffungs- und Lieferungsprozess	20
1.14.1 Mangelhafte Lieferung	21
1.14.2 Annahmeverzug	23
1.14.3 Lieferverzug	24
1.14.4 Zahlungsverzug	24

1 Lernfeld 1A - Betrieb und sein Umfeld

1.1 tl;dr - Zusammenfassung der Zusammenfassung

1.2 Einführung

Im Lernfeld 1A „Betrieb und sein Umfeld“ werden sowohl Aspekte der Volkswirtschaftslehre (VWL) als auch Betriebswirtschaftslehre (BWL) besprochen. Dabei handelt es sich im Groben um die marko- und mikroökonomischen Aspekte des wirtschaftlichen Handelns.

In der VWL werden Indikatoren behandelt, welche dazu dienen sollen, die gesamtwirtschaftliche Leistung eines Landes zu messen. Im Kontrast dazu behandelt die BWL Indikatoren zur Bestimmung der Leistung einzelner Unternehmen.

Privatwirtschaftliche Akteure können verschiedene Ziele haben, beispielsweise Gewinnmaximierung oder Gewinnung von Marktanteilen. Öffentliche Akteure stellen in erster Linie Infrastruktur bereit, wie zum Beispiel das Straßenverkehrsnetz.

Allgemein ist wirtschaftendes Handeln notwendig, da die Ressourcen auf unserer Erde begrenzt sind. Dabei gibt es zwei hervorstechende Prinzipien: erstens das **Minimal-Prinzip** und zweitens das **Maximal-Prinzip**. Dem Minimal-Prinzip folgend wird versucht ein festes Ziel mit möglichst wenig Ressourceneinsatz zu erreichen. Beim Maximal-Prinzip wird versucht mit einer festen Menge von Ressourcen ein möglichst großes Ziel zu erreichen.

Warum müssen wir überhaupt wirtschaften? Wir müssen wirtschaften, weil wir Bedürfnisse haben. Die Darstellung von Bedürfnissen erfolgt meist in der Form einer Pyramide. Die wohl bekannteste dieser Darstellung ist die Maslowsche Bedürfnishierarchie.

Produktionsfaktoren sind

Außerdem werden im Lernfeld die Themen Marktstruktur und ihre Auswirkungen auf das Handeln der Marktteilnehmer besprochen. Grob gesprochen gibt es zwei Arten von Märkten: zum einen den **Käufermarkt** und zum anderen den **Verkäufermarkt**. Auf dem Käufermarkt sind die Käufer im Vorteil, weil es beispielsweise mehr Angebot als Nachfrage gibt. Auf einem Verkäufermarkt sind die oder der Verkäufer im Vorteil, da diese oder dieser ein Monopol durch Patente auf ein gefragtes Produkt hält und so ein geringes Angebot mit hoher Nachfrage besteht.

Durch Angebot und Nachfrage wird der Preis eines Produktes bestimmt. Die folgende Grafik beschreibt die Entstehung des Gleichgewichtspreis.

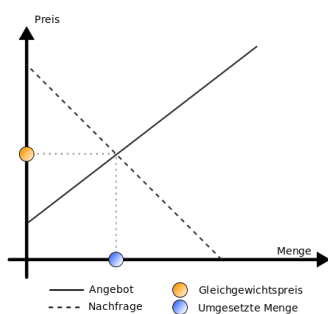


Abbildung 1: Entstehung des Gleichgewichtspreis

Die Angebotslinie startet mit kleinem Angebot bei einem niedrigen Minimalpreis und wächst mit steigendem Preis. Die Nachfragelinie startet mit einer kleinen Nachfrage bei einem hohen Maximalpreis und nimmt mit fallendem Preis immer weiter an Menge zu. Wie an diesen zwei Linien zu erkennen ist, gibt es immer mehr Anbieter und Ware je höher der verlangte Preis ist. Umgekehrt gibt es immer mehr Abnehmer, die immer mehr kaufen, je niedriger der für die Ware verlangte Preis ist. Da die Preiswünsche von Anbietern und Abnehmern gegenläufig sind, stellt sich im Markt ein Gleichgewicht an der Schnittstelle von Angebot und Nachfrage ein, die den Gleichgewichtspreis und das Maximum des Umsatzes festlegt.

Marktsättigung führt dazu, dass kontinuierlich neue Produkte entwickelt werden müssen. Ein hilfreiches Instrument, um eine dauerhafte Marktsättigung zu umgehen, ist die geplante Obsoleszenz. Es werden absichtlich Bauteile verwendet, die nur eine begrenzte Lebenszeit haben; idealerweise beträgt die Lebenszeit eines solchen

Bauteils nicht länger als die gesetzlich vorgeschriebene Garantiezeit. Dadurch wird eine konstante Nachfrage generiert.

1.3 Werbung

Was versteht das Recht unter sogenannten „Lockangeboten“? Welche Art von Werbung ist erlaubt und welche nicht? Diese und weitere Fragen werden in diesem Abschnitt beantwortet.

Für beworbene Waren gilt eine Vorratsfrist von zwei Tagen. In Ausnahmen darf diese auch weniger getragen, beispielsweise wenn die Höhe der Nachfrage nicht absehbar war. Die Formulierung „Solange der Vorrat reicht“ hebt die Vorratsfrist aus, aber nur falls keine Vorerfahrung über die Höhe der Nachfrage bestand.

Das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) regelt, welche Formen der Werbung erlaubt sind und unter welchen Umständen sie als unlauter gelten.

Der Zweck von Lockangeboten besteht darin, Kunden in den Laden zu locken. Diese kommen bereits mit einer Kaufabsicht in den Laden. Wenn dann das beworbene Angebot nicht mehr erhältlich ist, greifen viele dieser Kunden zu einem ähnlichen aber teureren Produkt.

Vergleichende Werbung ist nur in wenigen Fällen unproblematisch, sodass meistens darauf verzichtet wird.

Unter „Mondpreiswerbung“ wird eine künstliche Erhöhung des Preises verstanden, um anschließend mit einer Reduzierung des Preises zu werden. Preise müssen normalerweise 6 Monate lang konstant bleiben.

Außerdem fällt unzumutbare Belästigung in den Bereich des unlauteren Wettbewerbs.

Im Einzelnen wurden die Paragraphen 3 bis 7 des UWG besprochen. Die Überschriften der Paragraphen lauten:

§3 Verbot unlauterer geschäftlicher Handlungen

- Interessen von Mitbewerbern, Verbrauchern oder sonstigen Marktteilnehmern dürfen nicht spürbar beeinträchtigt werden.
- Geschäftliche Handlungen gegenüber Verbrauchern sind unzulässig, wenn sie nicht der für den Unternehmer geltenden fachlichen Sorgfalt entsprechen.
- Die Fähigkeit des Verbrauchers, sich auf Grund von Informationen zu entscheiden, darf nicht spürbar beeinträchtigt werden. Er darf nicht zu einer geschäftlichen Entscheidung veranlasst werden, die er sonst nicht getroffen hätte.

§4 Beispiele unlauterer geschäftlicher Handlungen

1. Entscheidungsfreiheit der Marktteilnehmer durch Ausübung von Druck, in menschenverachtender Weise oder durch sonstigen unangemessenen unsachlichen Einfluss zu beeinträchtigen.
2. Ausnutzen von geistigen oder körperlichen Gebrechen, des Alters, der geschäftlichen Un- erfahrenheit, der Leichtgläubigkeit, der Angst oder der Zwangslage des Marktteilnehmers
3. Verschleierung des Werbecharakters geschäftlicher Handlungen
4. Bedingungen für die Inanspruchnahme von Verkaufsförderungsmaßnahmen wie Preisnach- lassen, Zugaben oder Geschenken werden nicht klar und eindeutig angegeben
5. Teilnahmebedingungen werden bei Preisausschreiben oder Gewinnspielen mit Werbecha- rakter nicht klar und eindeutig angegeben
6. Teilnahme von Verbrauchern an einem Preisausschreiben oder einem Gewinnspiel ist an den Erwerb einer Ware oder die Inanspruchnahme einer Dienstleistung abhängig.
Ausnahme: Das Preisausschreiben oder Gewinnspiel ist naturgemäß mit der Ware oder Dienstleistung verbunden
7. Die Kennzeichen, Waren, Dienstleistungen, Tätigkeiten oder persönlichen geschäftlichen Verhältnisse eines Mitbewerbers werden herabgesetzt oder verunglimpft

-
8. über die Waren, Dienstleistungen oder das Unternehmen eines Mitbewerbers oder über Unternehmer oder ein Mitglied der Unternehmensleitung Tatsachen behaupten oder verbreiten, die geeignet sind, den Betrieb des Unternehmens oder den Kredit des Unternehmers zu schädigen, sofern die Tatsachen nicht erweislich wahr sind.

§5 Irreführende geschäftliche Handlungen

- Eine geschäftliche Handlung ist Irreführend, wenn sie unwahre Angaben enthält oder sonstige zur Täuschung geeigneten Angaben über die wesentlichen Merkmale der Ware oder Dienstleistung oder den Anlass des Verkaufs enthält
- Verwechslungsgefahr mit einer anderen Ware oder Dienstleistung oder mit der Marke oder einem anderen Kennzeichen eines Mitbewerbers wird hervorgerufen
- Werbung mit einer Herabsetzung eines Preises, sofern der Preis nur eine unangemessen kurze Zeit gefordert worden ist (*Mondpreiswerbung*)

§5a Irreführung durch Unterlassung

- Beeinflussung der Entscheidungsfähigkeit der Marktteilnehmer durch verschweigen wesentlicher Informationen

§6 Vergleichende Werbung

- Vergleich bezieht sich nicht auf Waren oder Dienstleistungen für den gleichen Bedarf oder dieselbe Zweckbestimmung
- Nicht objektiv auf wesentliche, relevante, nachprüfbare und typische Eigenschaften oder den Preis bezogen ist
- Verwechslung mit Mitbewerbern oder von diesen angebotenen Produkten
- Ruf des von einem Mitbewerber verwendeten Kennzeichen wird in unlauterer Weise ausgenutzt oder beeinträchtigt
- Ware oder Dienstleistung als Imitation oder Nachahmung einer unter einem geschützten Kennzeichen vertriebenen Ware oder Dienstleistung darstellen

§7 Unzumutbare Belästigung

- Werbung, obwohl erkennbar ist, dass der angesprochene Marktteilnehmer diese Werbung nicht wünscht
- Werbung mit einem Telefonanruf gegenüber einem Verbraucher ohne dessen vorherige ausdrückliche Einwilligung
- Werbung unter Verwendung einer automatischen Anrufmaschine, eines Faxgeräts oder elektronischer Post, ohne vorherige ausdrückliche Einwilligung des Adressaten
- Verschleierung der Identität des Absenders

1.4 Bedürfnisse, Bedarf und Nachfrage

Bedürfnisse Unter einem Bedürfnis versteht man ein persönliches Mangelempfinden mit dem Bestreben, dieses zu beseitigen.

- **Existenzbedürfnisse:** Lebensnotwendige Grundbedürfnisse des Menschen
- **Kulturbedürfnisse:** Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Sie sind nicht lebensnotwendig, erreichen jedoch in einer modernen Gesellschaft den Charakter von Muss-Bedürfnissen.

- **Luxusbedürfnisse:** Im Grunde überflüssige Dinge. Es werden Kann-Bedürfnisse mit Luxusgütern befriedigt. Mann muss sie nicht haben, jedoch ist es angenehm, wenn man sie sich leisten kann.
- **offene Bedürfnisse:** Bedürfnisse, die dem Menschen bewusst sind
- **Latente Bedürfnisse:** Unbewusste Bedürfnisse, die dem Menschen zunächst unbekannt sind und erst durch seine Umwelt geweckt werden

Bedarf Der Bedarf ist die Summe der mit Kaufkraft ausgestatteten Bedürfnisse.

- **Individualbedarf:** Bedarfsform, die für jede Einzelperson jeweils unterschiedliche Inhalte hat
- **Kollektivbedarf:** Bedarfsform, die für eine größere Anzahl von Personen in gleicher Weise besteht.

Nachfrage Die Nachfrage ist der Teil des Bedarfs, der tatsächlich am Markt nachgefragt wird. Also die Bedürfnisse, die mit Kaufkraft gedeckt sind und bei denen der Wille zur Befriedigung besteht.

1.5 Betriebliche Kennzahlen

Als Kennziffern werden Indikatoren zur Bestimmung des wirtschaftlichen Erfolges bezeichnet, welche in Form von Zahlen ermittelt werden können. Dazu gehören offensichtliche Werte wie der Gewinn eines Unternehmens als auch die Produktivität. Betriebliche Kennzahlen können unter anderem in Relation zum Vorjahr, der Auslastung oder der Konkurrenz betrachtet werden.

Die Produktivität ist eine **Messgröße für die Ergiebigkeit der in der Produktion eingesetzten Produktionsfaktoren.**

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{mengenmäßige Ausbringungsmenge}}{\text{mengenmäßiger Einsatz der Produktionsfaktoren}} = \frac{\text{Output}}{\text{Input}}$$

$$\text{Arbeitsproduktivität} = \frac{\text{mengenmäßige Ausbringungsmenge}}{\text{Arbeitsstunden}}$$

Bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit handelt es sich um eine Erweiterung der Produktivität um den Faktor Geld. Zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit werden die wertmäßigen Leistungen auf den Wert der eingesetzten Produktionsfaktoren bezogen.

$$\text{Wirtschaftlichkeit} = \frac{\text{Leistungen}}{\text{Kosten}}$$

Die Erzielung von Gewinnen ist das Ziel privatwirtschaftlicher Unternehmen. Zur Beurteilung des Erfolges muss der Gewinn in Bezug zum eingesetzten Kapital gesetzt werden.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Gewinn} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt an, wie sich das gesamte in der Unternehmung eingesetzte Kapital verzinst. Zur Erzielung von Gewinn aus dem eingesetzten Fremdkapital muss die Eigenkapitalrentabilität über dem Fremdkapitalzins liegen.

$$\text{Gesamtkapitalrentabilität} = \frac{(\text{Gewinn} + \text{Fremdkapital}) \times 100}{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}$$

Die Eigenkapitalquote setzt das Eigenkapital in Bezug zum Gesamtkapital des Unternehmens.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Die Fremdkapitalquote setzt das eingebrachte Fremdkapital in Bezug zum Gesamtkapital des Unternehmens.

$$\text{Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Der Verschuldungsgrad gibt den Anteil des Fremdkapitals am Eigenkapital an.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Eigenkapital}}$$

Die Anlageintensität gibt den Anteil des Anlagevermögens (dem Unternehmen dauerhaft dienend) am Gesamtvermögen an.

$$\text{Anlageintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Die Arbeitsintensität gibt den Anteil des Umlaufvermögens (dem Unternehmen kurzzeitig dienend, z.B. auf Lager liegende Waren) am Gesamtvermögen an.

$$\text{Arbeitsintensität} = \frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Der Anlagendeckungsgrad I gibt an, welcher Anteil des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Nach der *Goldenen Bilanzregel im engeren Sinne* sollte das Anlagevermögen durch Eigenkapital finanziert werden.

$$\text{Anlagendeckungsgrad I} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$$

Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, welcher Anteil des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt ist. Nach der *Goldenen Bilanzregel im weiteren Sinne* soll die Finanzierung durch langfristig zur Verfügung stehendes erfolgen.

$$\text{Anlagendeckungsgrad II} = \frac{\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$$

Die Liquidität ist eine Existenzbedingung des Unternehmens, die auch kurzfristig immer gesichert sein muss, um eine Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten und eine eventuelle Gefahr für den Fortbestand durch Zahlungsunfähigkeit zu verhindern.

Flüssige Mittel = Kasse, Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks, diskontfähige Wechsel und börsengängige Wertpapiere

Kurzfristige Forderungen = Forderungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

Kurzfristige Verbindlichkeiten = Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr

$$\text{Liquidität 1. Grades} = \frac{\text{Flüssige Mittel} * 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

$$\text{Liquidität 2. Grades} = \frac{(\text{Flüssige Mittel} + \text{kurzfr. Forderungen}) * 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

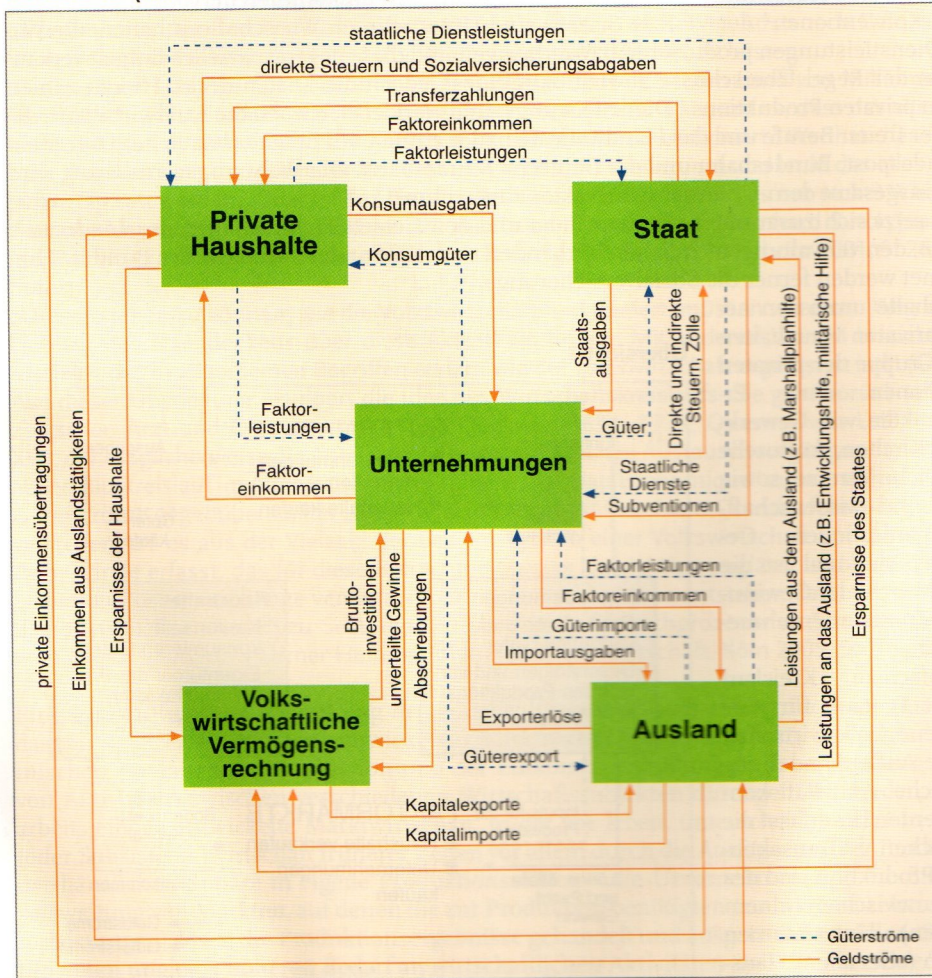
$$\text{Liquidität 3. Grades} = \frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$$

1.6 Wirtschaftskreislauf

Der Wirtschaftskreislauf beschreibt den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Geld. Dadurch werden die Zusammenhänge der einzelnen Akteure (Unternehmen, Haushalte, Banken, Staaten ...) deutlich.

Manchmal werden Preise mit negativem Deckungsbeitrag – das sind Preise, die unter den Produktionskosten liegen – ausgeschrieben, um beispielsweise eine stärkere Marktdurchdringung oder eine Verdrängung von Konkurrenz zu erreichen. Ein negativer Deckungsbeitrag wird auch verwendet, um seine Lagerbestände zu leeren.

Übersicht 3 (Geld- und Güterströme)



(Horst Wagenblaß, Volkswirtschaftslehre, öffentliche Finanzen und Wirtschaftspolitik, C. F. Müller Verlag, Heidelberg, 8. Aufl. 2008, S. 91; leicht verändert)

1.7 Der Staat: soziale Marktwirtschaft:

Der Staat soll die Freiheit aller Marktteilnehmer schützen und zugleich für soziale Gerechtigkeit sorgen.

• Fiskalpolitik:

- Staat unterstützt viele Wirtschaftszweige
- Die Nachfrage wird durch erhöhen/senken der Steuern beeinflusst

• Ordnungspolitik: Staat versucht die freie Marktwirtschaft zu schützen.

• Konjunkturpolitik: Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung

• Sozialpolitik:

- sozialer Frieden soll gesichert werden
- Unterstützung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Sozialhilfe, Wohngeld)

Der Staat muss bei Eingreifen in die Marktwirtschaft vier Ziele berücksichtigen:

• Stabilität des Preisniveaus

- hoher Beschäftigungsstand
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Wirtschaftswachstum

Diese Ziele werden auch als *magisches Viereck* bezeichnet, da sich niemals alle Ziele voll erreichen lassen.

1.8 Marktstrukturen und ihre Auswirkungen

Was ist ein Markt? Märkte sind Orte, an denen Angebot und Nachfrage aufeinandertreffen und durch den Ausgleich von Angebot und Nachfrage bildet sich ein Preis. Es gibt verschiedene Arten von Märkten, zum einen Faktormärkte – bspw. Arbeitsmarkt – und zum anderen Gütermärkte. Daneben gibt es noch verschiedenen Marktformen:

Marktformen

Nachfrager \ Anbieter	einer	wenige	viele
einer	bilaterales Monopol	beschränktes Monopol	Monopol
wenige	beschränktes Monopson	bilaterales Oligopol	Oligopol
viele	Monopson	Oligopson	(bilaterales) Polypol

1.8.1 Ökonomische Prinzipien

- **Minimalprinzip:** Mit möglichst wenigen Mitteln ein gegebenes Ziel erreichen
- **Maximalprinzip:** Mit gegeben Mitteln den möglichst großen Nutzen erzielen

1.8.2 Anbieter- und Nachfragerverhalten

Das Verhalten von Anbietern und Nachfragern stellen Einflussfaktoren auf den Märkten dar.

Einflussfaktoren auf Seiten der Anbieter:

- Kosten der Produktionsfaktoren
- Gewinnerwartung
- Preis des Angebots
- Preis der Konkurrenz
- Stand der technischen Entwicklung

Einflussfaktoren auf Seiten der Nachfrager:

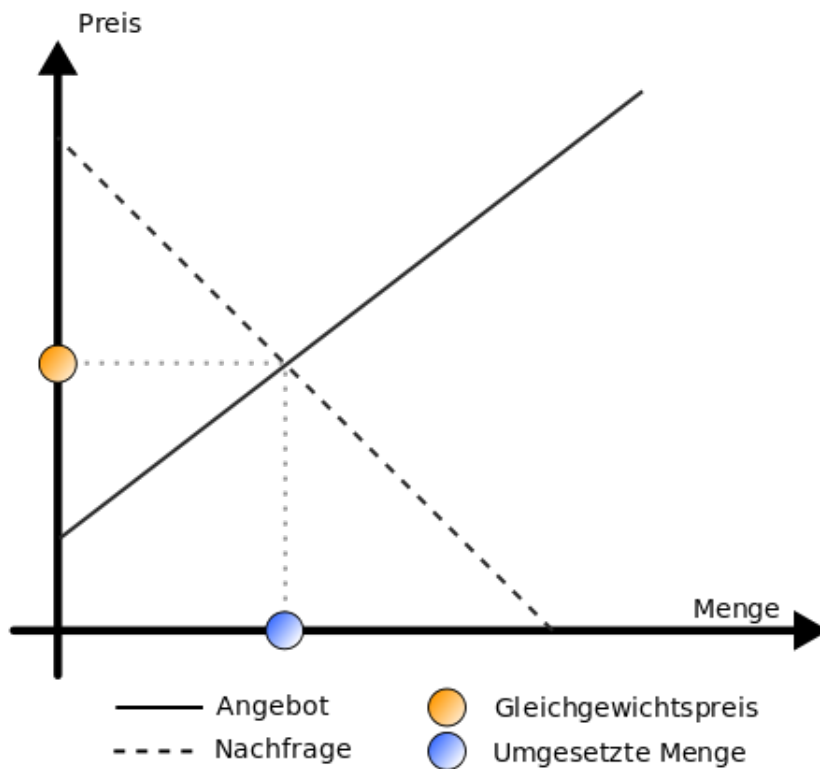
- Art und Dringlichkeit der Nachfrage
- Preis des nachgefragten Gutes
- Preise der Konkurrenz
- Höhe der Kaufkraft
- Zukunftserwartungen der Konsumenten

Bei dem vollkommenen Markt handelt es sich um eine theoretische Vereinfachung der Realität. Der vollkommene Markt erfüllt folgende Bedingungen:

- Rationales Verhalten aller Teilnehmer
- Homogenität aller Güter
- Keine Präferenzen der Teilnehmer
- Vollständige Markttransparenz
- Unendliche Reaktionsgeschwindigkeit der Teilnehmer

Durch diese Optimalisierung der Realität gibt es nahezu nur unvollkommene Märkte. Dem vollkommenen Markt am nächsten kommt die Börse.

Unter den Annahmen, dass vollständige Konkurrenz herrscht und dass Angebot und Nachfrage bloß vom Preis abhängen, gilt: (1) Wenn der Preis steigt, sinkt die Nachfrage & (2) Wenn der Preis steigt, dann steigt das Angebot.



Veränderungen der Nachfrage

Erhöhung der Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot durch:

- Einkommenserhöhung
- Steuersenkung

Wirkungen:

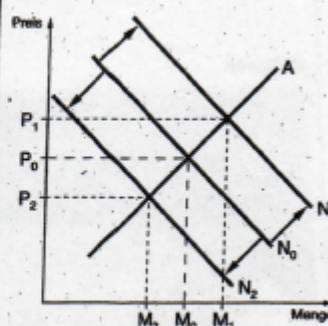
- Verschiebung der Nachfragekurve N_0 nach rechts zu N_1
- neues Marktgleichgewicht mit höherem Gleichgewichtspreis P_1 und höherer Gleichgewichtsmenge M_1

Verringerung der Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot durch:

- Einkommensrückgang
- Steuererhöhung

Wirkungen:

- Verschiebung der Nachfragekurve N_0 nach links zu N_2
- neues Marktgleichgewicht mit niedrigerem Gleichgewichtspreis P_2 und niedrigerer Gleichgewichtsmenge M_2



Veränderungen des Angebots

Erhöhung des Angebots bei gleichbleibender Nachfrage durch:

- Verringerung der Produktionskosten
- optimistische Zukunftserwartungen der Unternehmen

Wirkungen:

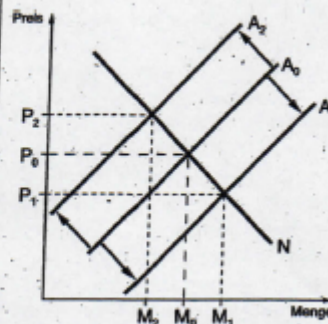
- Verschiebung der Angebotskurve A_0 nach rechts zu A_1
- neues Marktgleichgewicht mit niedrigerem Gleichgewichtspreis P_1 und höherer Gleichgewichtsmenge M_1

Verringerung des Angebots bei gleichbleibender Nachfrage durch:

- Erhöhung der Produktionskosten
- pessimistische Zukunftserwartungen der Unternehmen

Wirkungen:

- Verschiebung der Angebotskurve A_0 nach links zu A_2
- neues Marktgleichgewicht mit höherem Gleichgewichtspreis P_2 und niedrigerer Gleichgewichtsmenge M_2



Preiselastizität der Nachfrage gibt die Reaktionsempfindlichkeit der Nachfrage auf Preisveränderungen an.

1.9 Kooperation & Konzentration

- horizontale Kooperation
 - Unternehmen gleicher Wirtschaftsstufe
 - gleichartige Güter werden produziert
- vertikale Kooperation
 - Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftsstufen
- anorganische Kooperation
 - Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftsstufen und Branchen
- horizontale Konzentration
 - Unternehmen gleicher Wirtschaftsstufe und Branche fusionieren zu einem Unternehmen
- vertikale Konzentration
 - Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftsstufen und gleicher Branche fusionieren zu einem Unternehmen
 - Ein größerer Teil der Produktionskette kann von dem neuen Unternehmen verwirklicht werden
- diagonale Konzentration
 - Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftsstufen und Branchen fusionieren zu einem Unternehmen
 - Ein Mischkonzern entsteht
 - Es wird für Risikosträufung gesorgt

1.10 Entgeltabrechnung

1.10.1 Gehaltsbestandteile

Das Gehalt kann sich aus mehreren Faktoren zusammensetzen:

- Grundlohn
- Naturallohn
 - z.B. zusätzlich bei der Seeschifffahrt, im Nahrungsmittelbereich als „freie Kost und Logis“
- Zeitlohn
 - Bezahlung auf Basis der geleisteten Arbeitszeit
- Zuschlag
 - Zuschläge für besondere Leistungen oder Belastungen des Arbeitnehmers
 - z.B. überstunden, Nacharbeit, Spätschicht, Schmutzzuschlag, Hitzezuschlag, Kinderzuschlag, Ortszuschlag, Leistungszuschlag

-
- Akkordlohn
 - Bezahlung nach geleistetem Arbeitsergebnis unabhängig von der Arbeitszeit
 - Prämiensystem
 - Zeitlohn und zusätzlich entsprechend der Leistung eine Prämie
 - Provision
 - Prozentuale Beteiligung am Wert der eigenen Geschäfte
 - Gratifikation
 - Sonderzuwendung bei besonderen Anlässen
 - z.B. Weihnachten, Jubiläum, Erreichung eines besonderen Ziels
 - Gewinnbeteiligung
 - Beteiligung am Geschäftsergebnis des Unternehmens
 - Vermögenswirksame Leistungen
 - Ein Teil des Arbeitsverdienstes wird vermögenswirksam angelegt
 - Arbeitgeber kann sich durch individuelle Vereinbarungen an den Beiträgen beteiligen
 - Aufwendungsersatz
 - Aufwendungen des Arbeitnehmers müssen ersetzt werden
 - z.B. Reisespesen oder Auslagen zur Beschaffung von Werkzeugen

1.10.2 Abzüge

Faktoren, die sich auf die Gehaltsabrechnung auswirken:

- Einkommenshöhe
 - Die Lohnsteuer wird nur auf den Einkommensanteil oberhalb des Grundfreibetrages erhoben
- Familienstand: Steuerklasse
- Kirchenmitgliedschaft
 - Kirchensteuer
- Krankenkasse
 - Variable Zusatzbeiträge
- Wohnort
 - Solidaritätszuschlag
 - Kirchensteuersatz

Die Beiträge zur Sozialversicherung werden zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen:

- Rentenversicherung (19,9%)
- Pflegeversicherung (1,7% + 0,25% für Kinderlose ab einem Alter von 23 Jahren)

- Arbeitslosigkeit (4,2%)
- Krankenkasse (variabel + 0,9% Zusatzbeitrag für Arbeitnehmer)

Bei Azubis mit einem Gehalt unter 325€brutto übernimmt der Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge vollständig.

Weiter Abzüge: Lohnsteuer, Solidaritätsbeitrag, Kirchensteuer

Lohnsteuerklassen:

- Klasse I: ledig, geschieden, verwitwet
- Klasse II: Steuerklasse I mit min. einem Kind
- Klasse III: verheiratet, ein Verdiener
- Klasse IV: verheiratet, zwei Verdiener in IV, beide Verdienen etwa gleich viel
- Klasse V: verheiratet, zwei Verdiener, Partner in III, Verdienst ist unterschiedlich
- Klasse VI: mehrere Lohnsteuerkarten

1.10.3 Beispielabrechnung

Voraussetzungen: Angestellte, ledig, 24 Jahre, 2.100€brutto, Lohnsteuer: 287,33€, Kirchensteuersatz 9%, Solidaritätszuschlag: 5,5% Beitragssatz zur Krankenkasse: allgemeiner Beitragssatz: 13,8%, zusätzlicher Beitragssatz: 0,9%, Beitragssatz zur Rentenversicherung: 19,5% Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung: 4,5%, Beitragssatz zur Pflegeversicherung: 1,7%

$$\text{Kirchensteuer} = \text{Lohnsteuer} * \text{Kirchensteuersatz} = 287,33€ * 9\% = 25,85€$$

$$\text{Solidaritätszuschlag} = \text{Lohnsteuer} * 5,5\% = 287,33€ * 5,5\% = 15,80€$$

$$\text{Krankenversicherung} = \frac{\text{Bruttolohn} * \text{Krankenversicherungssatz}}{2} + \text{Bruttolohn} * \text{Zusatzbeitrag} = \frac{2100€ * 13,8\%}{2} + 2100€ * 0,9\% = 163,80€$$

$$\text{Rentenversicherung} = \frac{\text{Bruttolohn} * \text{Rentenversicherungssatz}}{2} = \frac{2100€}{2} = 204,75€$$

$$\text{Arbeitslosenversicherung} = \frac{\text{Bruttolohn} * \text{Arbeitslosenversicherungssatz}}{2} = \frac{2100€ * 4,5\%}{2} = 47,25€$$

$$\text{Pflegeversicherung} = \frac{\text{Bruttolohn} * \text{Pflegeversicherungssatz}}{2} + \text{Bruttolohn} * \text{Zusatzbeitrag} = \frac{2100€ * 1,7\%}{2} + 2100€ * 0,25\% = 23,10€$$

	2.100,00 € Brutto
-	287,33 € Lohnsteuer
-	25,85 € Kirchensteuer
-	15,80 € Solidaritätszuschlag
-	163,80 € Krankenversicherung
-	204,75 € Rentenversicherung
-	47,25 € Arbeitslosenversicherung
-	23,10 € Pflegeversicherung
	<hr/> 1.332,12 € Netto

1.11 Rechts- und Geschäftsfähigkeit

Wichtige Punkte, die in einem Kaufvertrag notiert werden sollten:

- Art und Güte der Leistung
- Lieferzeit
- Verpackungs- und Versandkosten

-
- Zahlungsart
 - Preis
 - Erfüllungsort

1.11.1 Rechtsordnung

Die Rechtsordnung unterscheidet zwischen dem öffentlichen und dem Privaten Recht.

Das *öffentliche Recht* beschreibt die Rechtsbeziehungen zwischen den Einzelpersonen und dem Staat. Dies ist z. B. im Steuerrecht und im Strafrecht der Fall.

Das *Private Recht* beschreibt die Rechtsbeziehungen zwischen den Einzelpersonen, wie es z. B. im BGB und im HGB der Fall ist.

- Rechtsfähigkeit
 - Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein
 - Natürliche Personen
 - * Menschen von Geburt bis Tod
 - Juristische Personen
 - * Vereine
 - * Stiftungen
 - * Handelsgesellschaften mit Eintragung in das jeweilige Register (z.B. GmbH, AG)
- Geschäftsfähigkeit
 - Fähigkeit, selbstständig und wirksam Rechtsgeschäfte abschließen zu können
 - geschäftsunfähig (Willenserklärungen sind nichtig)
 - * Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr
 - * geschäftsunfähige Personen (§ 104 BGB)
 - * *Ausnahmen*: volljährige Geschäftsunfähige, die Geschäfte des täglichen Lebens mit geringen Mitteln bewirken (§ 105 BGB)
 - beschränkt geschäftsfähig (Willenserklärungen sind schwebend unwirksam)
 - * Kinder zwischen dem vollendeten 7. und vollendetem 18. Lebensjahr (§§ 106 bis 113 BGB)
 - * betreute Volljährige mit gerichtlichem Einwilligungsvorbehalt für bestimmte Handlungsbereiche. *Hinweis*: Der gesetzliche Vertreter kann auch nachträglich genehmigen.
 - * Taschengeldgeschäfte nach § 110 BGB
 - * vorteilhafte Rechtsgeschäfte nach § 107 BGB
 - * selbstständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäftes nach § 112 BGB
 - * genehmigte Arbeitsverhältnisse nach § 113 BGB
 - voll geschäftsfähig
 - * alle sonstigen volljährigen Personen
- Deliktfähigkeit (vgl. § 828 BGB) / Schuldfähigkeit (vgl. § 19 StGB)
 - Verantwortung für unerlaubte Handlungen (Aufsichtspflicht beachten)

- deliktunfähig
 - * Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres
- beschränkt deliktfähig
 - * Minderjährige zwischen 7 und 18 Jahren und Taubstumme (Schuldfähigkeit ab 14 Jahren)
- voll deliktfähig
 - * Personen ab Vollendung des 18. Lebensjahres, sofern geschäftsfähig

1.11.2 Rechtsgeschäfte

W Rechtsgeschäfte			
Rechtsgeschäfte durch Willenserklärungen	Einseltige Rechtsgeschäfte	Eine Willenserklärung reicht zur Wirksamkeit.	empfangsbedürftig, z. B. Kündigung nicht empfangsbedürftig, z. B. Testament
	Mehrseitige Rechtsgeschäfte	Zwei oder mehrere übereinstimmende Willenserklärungen sind zur Wirksamkeit notwendig, z. B. Kauf-, Miet-, Arbeitsvertrag.	
	Vertretung und Vollmacht	Ein Vertreter kann im Rahmen der Vollmacht Rechtsgeschäfte für andere eingehen.	
	Grundsatz: Vertragsfreiheit	Vertragsschließende Parteien sind in den Vereinbarungen frei, wenn diese nicht gegen Gesetz und Rechtsprechung verstoßen.	
Nichtige Verträge (von vornherein ungültig)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verträge mit Geschäftsunfähigen, § 105 BGB ▪ Vertreter verweigert Zustimmung bei beschränkt Geschäftsfähigen, § 108 BGB ▪ Verträge, die nur zum Schein abgeschlossen wurden (Scheingeschäfte), § 117 BGB ▪ nicht ernst gemeinte Verträge (Scherzgeschäfte), § 118 BGB ▪ Vertragserfüllung verstößt gegen geltendes Recht und Gesetz, § 134 BGB ▪ Verträge verstoßen gegen gute Sitten, z. B. bei Wucher (§ 138 BGB) ▪ Verstoß gegen Formvorschriften: Schriftform, notarielle Beurkundung, öffentliche Beglaubigung, § 125 BGB 		
Anfechtbare Verträge	Erklärungsirrtum § 119 Abs. 1 BGB	Vertragsbestandteil wird unwissentlich falsch erklärt oder falsch geäußert (Verschreiben, Versprechen)	
	Übermittlungsirrtum § 120 BGB	unbewusste Falschübermittlung durch einen Dritten	
	Eigenschaftsirrtum § 119 Abs. 2 BGB	Irrtum über eine wesentliche Eigenschaft in der Sache oder in der Person	
	Arglistige Täuschung § 123 Abs. 1 BGB	Es kann durch Tatsachen nachgewiesen werden, dass ein Vertragspartner arglistig (mit Vorsatz) getäuscht hat.	
	Widerrechtliche Drohung § 123 Abs. 2 BGB	Die Willenserklärung wurde durch Androhung eines Übels erzwungen.	

1.12 Existenzgründung

1.12.1 Unternehmen, Firma und Betrieb

Unternehmen ist die rechtliche Bezeichnung für eine Unternehmung. Eine Unternehmung ist ein wirtschaftlich-rechtlich organisiertes Gebilde, welches es ein Ziel hat. Dieses ist meist die nachhaltige Leistungserzielung mit dem Effekt der Gewinnmaximierung.

Firma ist rechtliche Begriff für den Namen, unter dem ein Kaufmann im Handel seine Geschäfte betreibt. Die Firma ist also der Name eines kaufmännischen Unternehmens. Zusatz neben der Firma ist die Rechtsform.

Betrieb ist die rechtliche Bezeichnung für den tatsächlichen Ort, an dem Güter oder Dienstleistungen erstellt werden. Ein Betrieb ist somit die Produktionsstätte.

1.12.2 Gründen einer Unternehmung

Durch die Gewerbefreiheit kann in Deutschland grundsätzlich jeder ein Unternehmen gründen. Ein Unternehmer muss jedoch die gesetzlichen Rahmenbedingungen beachten.

Voraussetzungen für die Gründung eines Unternehmens

Persönliche Voraussetzungen	Sachliche und wirtschaftliche Voraussetzungen	Rechtliche Voraussetzungen
<ul style="list-style-type: none"> •→ Geschäftsfähigkeit •→ Risikobereitschaft •→ Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen •→ Entscheidungsfähigkeit •→ Kontaktfreudigkeit und Kontaktfähigkeit •→ Motivationsfähigkeit •→ Kritikfähigkeit •→ Durchhaltevermögen 	<ul style="list-style-type: none"> •→ Branchenkenntnisse •→ Standortwahl •→ Kapital •→ Personal •→ Ware •→ Geschäftsverbindungen 	<ul style="list-style-type: none"> •→ Gewerbeanmeldung •→ Anmeldung zur Eintragung ins Handelsregister •→ Anmeldung beim Finanzamt •→ Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft •→ Anmeldung bei der IHK

1.12.3 Kaufmannseigenschaft

Im Sinne des HGB ist Kaufmann, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Ein Handelsgewerbe ist laut HGB jeder Gewerbebetrieb, der nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.

Personen, die ein Handelsgewerbe betreiben, sind Kaufleute kraft Gewerbebetrieb (*Istkaufmann*).

Personen, die einen Gewerbebetrieb betreiben, der keine kaufmännische Organisation erfordert, sowie Inhaber von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sind keine Kaufleute kraft Gewerbebetrieb. Sie können sich aber trotzdem in das Handelsregister eintragen lassen. Damit werden sie zu Kaufleuten (*Kannkaufmann*).

Ohne Rücksicht auf die Art des Gewerbes sind alle Kapitalgesellschaften und eingetragenen Genossenschaften zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet. Damit sind sie Kaufleute kraft Rechtsform (*Formkaufmann*).

1.12.4 Handelsregister

Das Handelsregister ist ein beim Amtsgericht geführtes amtliches Verzeichnis der Kaufleute eines Amtsgerichtsbezirks. Die Öffentlichkeit soll durch das Handelsregister über die grundlegenden Rechtsverhältnisse der Unternehmungen unterrichtet werden. Zudem wird dadurch die Firma des Kaufmanns

geschützt.

Das Handelsregister ist in zwei Abteilungen unterteilt: Abteilung A enthält die Einzelunternehmungen sowie die Personengesellschaften und Abteilung B enthält die Kapitalgesellschaften.

Wirkung der Eintragungen

- Deklaratorische (rechtsbezeugende) Wirkung
 - Rechtswirkung kann bereits vor der Eintragung eingetreten sein
 - *Beispiel:* Eintragung der Prokura (schon vor der Eintragung wirksam)
- Konstitutive (rechtserzeugende) Wirkung
 - Rechtswirkung tritt erst durch die Eintragung ein
 - *Beispiel:* Eintragung einer Aktiengesellschaft (AG ist vor der Eintragung eine GbR)

Öffentlichkeit des Handelsregisters

Das Handelsregister ist öffentlich. Jeder hat das Recht, Einsicht in das Handelsregister zu nehmen.¹ Die Eintragungen in das Handelsregister werden durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger und in einer örtlichen Tageszeitung bekannt gemacht.

1.12.5 Firma

Firmenarten

- Personenfirma
 - Die Firma besteht aus einem oder mehreren bürgerlichen Namen und der Rechtsformbezeichnung
 - *Beispiele:* Marc Mönning e.Kfm., Meurer und Lemloh KG
- Sachfirma
 - Die Firma besteht aus dem Firmennamen, der aus dem Gegenstand des Unternehmens abgeleitet ist, und der Rechtsformbezeichnung.
 - *Beispiele:* IT-Systemhaus Bonn GmbH, Kölner Umzugsservice KG
- Gemischte Firma
 - Die Firma besteht aus den Personennamen und dem Gegenstand des Unternehmens und der Rechtsformbezeichnung
 - *Beispiele:* Schmitz Eiscreme GmbH, Reisebüro Nicole Schöneberger e.Kfr.
- Fantasiefirma
 - Die Firma besteht aus einem frei erfundenen Firmennamen und der Rechtsformbezeichnung
 - *Beispiele:* Ruckzuck KG, Living with a box GmbH

¹Die IHK verlangt die Antwort "Jeder, der ein begründetes Interesse hat, kann Einsicht nehmen"

Firmengrundsätze

Bei der Wahl der Firma müssen neben den gesetzlichen Vorschriften auch die folgenden Firmen-grundsätze beachtet werden.

- **Firmenwahrheit:** Die Firma muss bei der Unternehmensgründung der Wahrheit entsprechen, bei einer Personenfirma müssen also bürgerlicher Name und Firma übereinstimmen
- **Firmenklarheit:** Die Firma muss den Tatsachen entsprechen und darf nicht über Art und Umfang des Geschäfts täuschen
- **Firmenöffentlichkeit:** Jeder Kaufmann ist verpflichtet, seine Firma im Handelsregister eintragen zu lassen
- **Firmenausschließlichkeit:** Jede Firma muss sich von einer anderen Firma am selben Ort unterscheiden. Bei einer Personenfirma mit gleichem Familiennamen muss die Firma eine eindeutige Unterscheidung ermöglichen
- **Firmenbeständigkeit:** Die Firma darf bei einem Inhaberwechsel beibehalten werden. Ein Zusatz in der Firma muss auf das Nachfolgeverhältnis hinweisen (*Beispiel:* IT-Service Steinkamp, Inhaber Rolf Schmitz)

1.12.6 Vollmachten

Unter Vollmacht versteht man das Recht eines Mitarbeiters, im Namen und auf Rechnung des Unternehmens Rechtsgeschäfte abschließen zu können. Es wird zwischen Handlungsvollmacht und Prokura unterschieden.

Prokura

Die Prokura ist die weitreichendste Vollmacht. Der Prokurist wird zu allen Rechtsgeschäften ermächtigt, die der Betrieb irgendeines Handelsgewerbes mit sich bringt. Sie ist im Außenverhältnis nicht beschränkbar.

Umfang der Prokura Ein Prokurist darf grundsätzlich alle gewöhnlichen und außergewöhnlichen Rechtsgeschäfte vornehmen. Er benötigt jedoch eine besondere Vollmacht zum Verkauf und zur Belastung von Grundstücken.

Ein Prokurist darf nicht:

- Prokura erteilen oder entziehen
- Bilanzen und Steuererklärungen unterzeichnen
- neue Gesellschafter aufnehmen
- Eröffnung eines Insolvenzverfahrens
- das Unternehmen auflösen oder veräußern

Arten der Prokura

- **Einzelprokura:** Der Prokurist darf die Prokura allein ausüben.
- **Filialprokura:** Die Prokura wird auf die Geschäfte einer Unternehmensfiliale beschränkt.

-
- **Gesamtprokura:** Die Vertretungsmacht darf nur von mehreren Prokuristen gemeinschaftlich ausgeübt werden

Erteilung der Prokura

Die Prokura kann nur von einem Kaufmann erteilt werden.

Unterschrift

Der Prokurist unterschreibt, indem der Firmenbezeichnung sein Name mit dem Zusatz ppa. (per procura) hinzugefügt wird.

Beginn der Prokura

Im Innenverhältnis beginnt die Prokura mit ihrer Erteilung, im Außenverhältnis jedoch erst mit der Eintragung und Veröffentlichung im Handelsregister. Die Eintragung hat hier also deklaratorische Wirkung.

Erlöschen der Prokura

Die Prokura erlischt mit der Beendigung des Rechtsverhältnisses, an das sie gebunden ist (z.B. Beschäftigungsverhältnis), durch Widerruf, durch die Auflösung des Geschäfts oder durch den Tod des Prokuristen.

Handlungsvollmacht

Die Handlungsvollmacht erstreckt sich nur auf Rechtsgeschäfte, die in dem jeweiligen Handelsgewerbe gewöhnlich vorkommen. Sie ist im Gegensatz zur Prokura beliebig einschränkbar.

Ein Handlungsbevollmächtigter darf nicht:

- Grundstücke veräußern oder belasten
- Darlehen aufnehmen
- Prozesse im Namen des Unternehmens führen

Arten der Handlungsvollmacht

- **Einzelvollmacht:** Bevollmächtigung zur Vornahme eines einzelnen Rechtsgeschäfts
- **Artvollmacht:** Bevollmächtigung zur Vornahme einer bestimmten Art von Rechtsgeschäften
- **allgemeine Handlungsvollmacht:** Bevollmächtigung zur Vornahme aller gewöhnlichen Rechtsgeschäfte, die in dem Handelsgewerbe des jeweiligen Geschäftszweigs vorkommen

Unterschrift

Der Handlungsbevollmächtigte unterschreibt, indem er der Firmenbezeichnung seinen Namen mit dem Zusatz i.A. (im Auftrag) oder i.V. (in Vertretung) hinzufügt.

Erteilung der Handlungsvollmacht

Die Handlungsvollmacht kann formlos von Kaufleuten und Prokuristen erteilt werden. Jeder Bevollmächtigte kann innerhalb seiner Vollmacht Untervollmachten erteilen. Handlungsvollmachten werden nicht in das Handelsregister eingetragen.

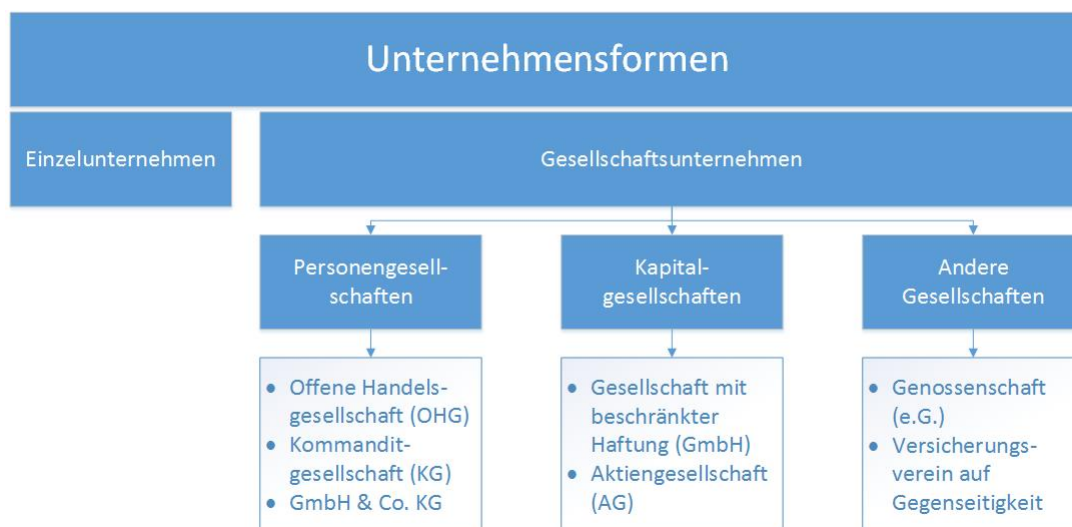
Erlöschen der Handlungsvollmacht

Die Handlungsvollmacht erlischt mit der Beendigung des Rechtsverhältnisses, an das sie gebunden ist (z.B. Beschäftigungsverhältnis), durch Widerruf, mit Erledigung des Auftrags bei einer Einzelvollmacht, durch Auflösung des Geschäfts oder durch den Tod des Handlungsbevollmächtigten.

1.12.7 Unternehmensformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmen verschiedene Unternehmensformen (Rechtsformen) zur Verfügung und überlässt es den Gründern oder Eigentümern, sich für eine bestimmte Rechtsform zu entscheiden.

Überblick Ein Unternehmen kann als Einzel- oder Gesellschaftsunternehmung betrieben werden. Die Gesellschaftsunternehmen lassen sich weiter unterteilen in Personen- und Kapitalgesellschaften. Die verschiedenen Unternehmensformen lassen sich auf Grund der Merkmale Gründung, Haftung, Mindestkapital, Firma und Gewinn- und Verlustteilung unterscheiden.



	e. Kfm.	OHG	KG	GmbH	AG
Rechtsgrundlagen	allgemeine Vorschriften im BGB, §§ 1 ff. HGB	§§ 105-160 HGB	§§ 161-177 HGB	GmbH-Gesetz (GmbHG)	Aktien-gesetz (AktG)
allgemeine Merkmale		-Personen-handelsge-sellschaft Betrieb eines Handels-gewerbes	-Personen-handelsge-sellschaft - Betrieb eines Handels-gewerbes	-Kapital-gesellschaft - zu jedem beliebigen Zweck errichtbar	-Kapital-gesellschaft - zu jedem beliebigen Zweck errichtbar
	Kaufmann				
	unbeschränkte Haftung	unbeschränkte Haftung aller Gesellschafter	-unbeschränkte Haftung bei mindestens einem Gesellschafter (=Komplementär) -beschränkte Haftung bei mindestens einem Gesellschafter (=Kommanditist)	Haftung in Höhe der Stamm-einlagen	Haftung in Höhe der Aktien-anteile
	natürliche Personen	quasi-juristische Person	quasi-juristische Person	juristische Person	juristische Person
Gründung	formfrei	formfreier Gesellschafts-vertrag	formfreier Gesellschafts-vertrag	notarielle Beurkundung des Gesell-schafts-vertrags	notarielle Beurkundung der Satzung
	eine Person	zwei und mehr Personen	zwei und mehr Personen	eine und mehr Personen	eine und mehr Personen
	Entstehung mit der Aufnahme der werbenden Tätigkeit nach außen	Entstehung nach außen mit dem Zeitpunkt der Geschäfts-aufnahme	wie bei OHG	Entstehung mit der Eintragung ins Handels-register	Entstehung mit der Eintragung ins Handels-register
Mindestkapital	keine Vorschriften	keine Vorschriften	keine Vorschriften	25.000€	50.000€
Firma	Eingetragener Kaufmann	OHG	KG	GmbH	AG

	e. Kfm.	OHG	KG	GmbH	AG
Geschäftsführerbefugnis (Innen)	Inhaber zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet	-jeder Geschäftsführer alleine -Widerspruchsrecht des einzelnen -Zustimmung aller bei außergewöhnlichen Geschäften	-jeder Komplementär alleine -Kontrollrecht des Kommanditisten -Widerspruchsrecht des einzelnen Komplementärs -Zustimmung aller bei außergewöhnlichen Geschäften	Geschäftsführer	Vorstand
Vertretungsbefugnis (Außen)	Inhaber zur Vertretung berechtigt und verpflichtet	jeder Gesellschafter allein	-jeder Komplementär alleine -Prokuraerteilung an Kommanditisten möglich	Geschäftsführer	Vorstand
Haftung	-Betriebs- und Privatvermögen unbeschränkt	-Gesellschafts- und Privatvermögen unbeschränkt, unmittelbar und solidarisch	-Gesellschaftsvermögen und Privatvermögen der Komplementäre	Gesellschaftsvermögen	Gesellschaftsvermögen
Gewinnverteilung	Insgesamt	-4% auf die Kapitaleinlage -Rest nach Köpfen -Verlust nach Köpfen	-4% auf die Kapitaleinlage -Rest in angemessenem Verhältnis -Verlust in angemessenem Verhältnis	Verhältnis der Geschäftsanteile	Verhältnis der Aktiennennbeträge
Auflösungsgründe	-Entscheidung des Inhabers -Konkurseröffnung	-Gesellschafterbeschluss -Vertragsablauf -Konkurseröffnung	wie bei OHG	wie bei OHG	-Hauptversammlungsbeschluss -Rest wie OHG
Organe				Geschäftsführer	Vorstand
				Aufs.rat	Aufs.rat
				Gesell. Versamml.	Hauptversamml.

1.13 Rechtliche Grundlagen (Rechtsordnung)

1.13.1 Rechtsordnung: Unterschiede

- Öffentliches Recht: Rechtsbeziehung zwischen Staat und Person
- Privates Recht: Rechtsbeziehung zwischen zwei Einzelpersonen (Arbeitsrecht)

1.13.2 Rechtsfähigkeit

Träger von Rechten können sein. . .

- Natürliche Person: Menschen von Geburt bis Tod
- Juristische Person: Verein, Handelsgesellschaft

1.13.3 Geschäftsfähigkeit

Fähigkeit, Selbstständig Geschäfte abwickeln zu können

- **geschäftsunfähig:**
 - Kinder unter 7 Jahren
 - geschäftsunfähige Personen
- **beschränkt geschäftsunfähig:**
 - Kinder zwischen 7 und 18 Jahren
 - Taschengeldgeschäfte
 - genehmigte Arbeitsverhältnisse
- **voll geschäftsfähig**
 - alle volljährige Personen

1.13.4 Deliktfähigkeit

Verantwortung für unerlaubte Handlung

- **deliktunfähig:**
 - Kinder bis einschließlich 7 Jahre
- **beschränkt deliktfähig:**
 - Kinder zwischen 7 und 18 Jahren
- **Voll deliktfähig:**
 - Volljährige Person

1.13.5 Rechtsgeschäfte

Rechtsgeschäfte durch Willenserklärung

- **Einseitige Rechtsgeschäfte**
 - Willenserklärung reicht aus
 - Empfangsbedürftig (Kündigung)
 - Nicht Empfangsbedürftig (Testament)
- **Mehrseitige Rechtsgeschäfte**
 - Zwei oder Mehr übereinstimmende Willenserklärungen (Miet-, und Arbeitsvertrag)
- **Vertretung/Vollmacht**
 - Vertreter kann Rechtsgeschäft für andere eingehen
- **Vertragsfreiheit**
 - Abschlussfreiheit: Das Recht, sich zu entscheiden, ob man einen Vertrag schließen will oder nicht.
 - Inhaltsfreiheit: Das Recht, die inhaltlichen Regelungen frei zu bestimmen
 - Formfreiheit: Das Recht, Verträge grundsätzlich ohne eine bestimmte Form schließen zu können (Ausnahme: Für das entsprechende Geschäft existieren abweichende gesetzliche Vorgaben)
 - Aufhebungsfreiheit: Das Recht, sich wieder von geschlossenen Verträgen zu lösen

1.13.6 Nichtig Verträge:

- Verträge mit geschäftsunfähigen
- Scheinverträge
- Scherzgeschäfte
- Vertrag verstößt gegen das Gesetz
- nicht eingehaltene Formvorschriften

1.13.7 Anfechtbare Verträge:

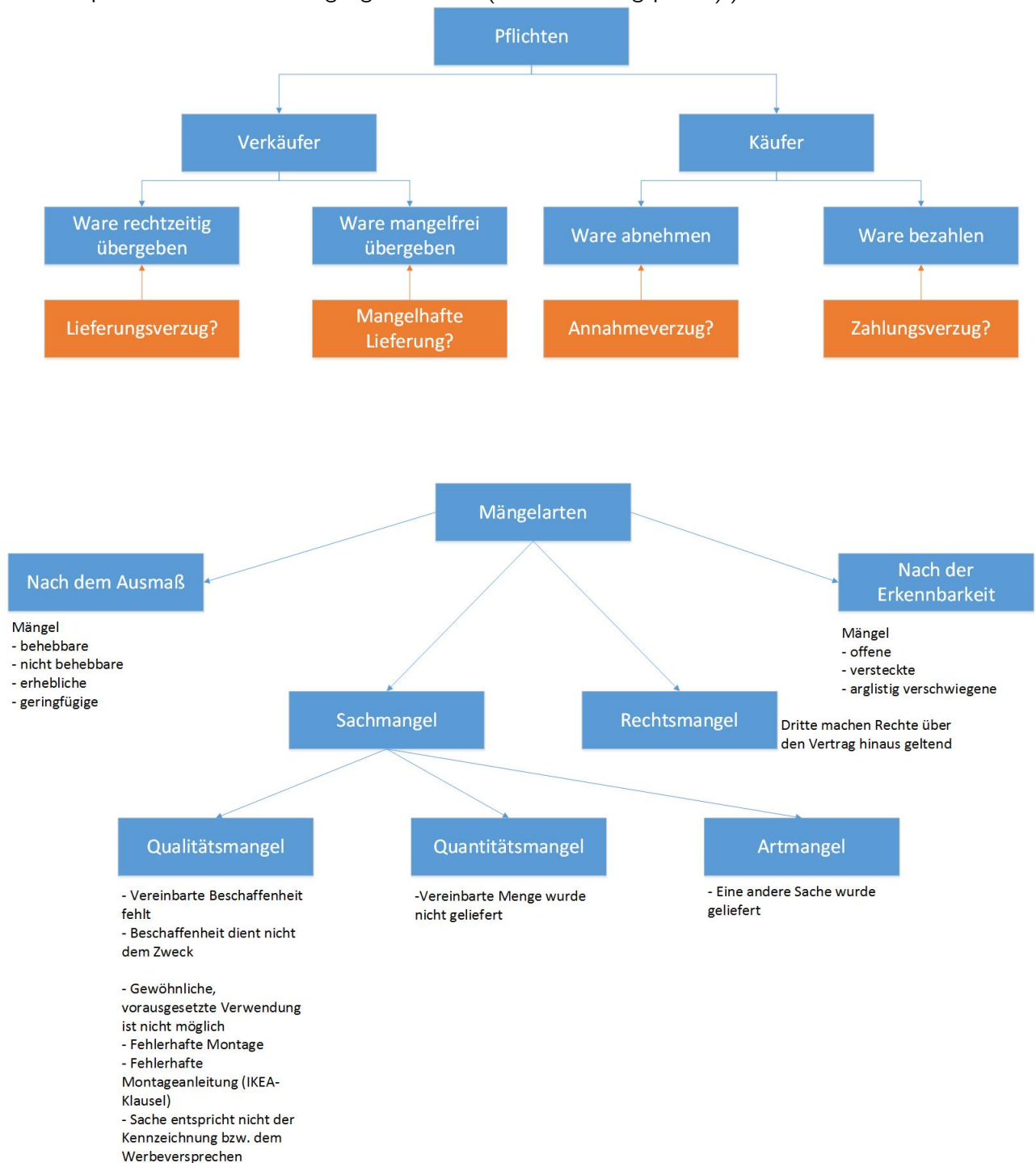
- **Erklärungsirrtum:** falsche Erklärung
- **Übermittlungsirrtum:** Falschübermittlung
- **Eigenschaftsirrtum:** Irrtum über eine wesentliche Eigenschaft
- **Arglistige Täuschung:** Ein Vertragspartner hat mit Vorsatz getäuscht
- **Widerrechtliche Drohung:**
Die Willenserklärung wurde durch Androhung eines Übels erzwungen

1.14 Störungen im Beschaffungs- und Lieferungsprozess

Mit dem Abschluss des Kaufvertrags haben Verkäufer und Käufer Pflichten übernommen.

1.14.1 Mangelhafte Lieferung

Der Verkäufer verpflichtet sich mit dem Kaufvertrag, die Ware im vereinbarten Zustand zu liefern. (§§434 ff. BGB: Der Verkäufer ist verpflichtet, die verkaufte Sache frei von Sach- und Rechtsmängeln zum Zeitpunkt des Gefahrenübergangs zu liefern (Gewährleistungspflicht).)



Schuldfrage bei mangelhafter Ware (schlechter Leistung)

Hersteller

Der Hersteller hat die Verantwortung, wenn das Produkt nachweislich schon vor der Übergabe an

den Lieferer mangelhaft war (versteckter Mangel).

Der Lieferer kann gewährte Rechte (Zurücknahme, Minderung des Kaufpreises) gegen seinen Vorlieferer oder den Hersteller ohne Fristsetzung geltend machen. Zusätzlich kann ein angemessener Ersatz der Aufwendungen verlangt werden.

Lieferer

Der Lieferer hat die Verantwortung zu tragen, wenn die Ware trotz eines offensichtlichen Mangels nicht beim Vorlieferanten gerügt wurde oder wenn der Mangel beim Lieferer entstanden ist.

Ist dies der Fall, so muss der Lieferer für Mängel einstehen. Bei einem Verwendungskauf geht gemäß §447 BGB die Gefahr (das Transportrisiko) in dem Moment auf den Käufer über, in dem die mangelfreie Ware ordnungsgemäß verpackt und adressiert an den Frachtführer oder eine mit der Zusendung beauftragte Person übergibt.

Frachtführer

Der Frachtführer muss die Verantwortung tragen, wenn sich der Schaden auf dem Transport ergab. Der Frachtführer muss für den Schaden haften, der Transportschaden muss jedoch nachgewiesen und dokumentiert werden.

Kunde

Der Kunde muss die Verantwortung tragen, wenn er den Schaden nachweislich selbst herbeigeführt hat, den Schaden bei Vertragsabschluss kannte oder seine Rügepflichten nicht beachtet hat.

Bei einem zweiseitigen Handelskauf hat der Kunde den Schaden selber zu tragen, außer der Verkäufer hat den Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Sache übernommen.

Bei einem Verbrauchsgüterkauf findet in den ersten sechs Monaten nach dem Kauf eine Beweisumkehr statt. In dieser Zeit muss der Lieferer nachweisen, dass er mangelfrei geliefert hat.

Untersuchungs- und Rügepflicht des Käufers

Zweiseitiger Handelskauf

Bei einem zweiseitigen Handelskauf hat der Käufer die Ware sofort zu untersuchen und einen Mangel unverzüglich Anzuzeigen. Bei einer großen Warenmenge genügt auch die Überprüfung einer angemessenen Stichprobe. Wird nicht unverzüglich ein Mangel angezeigt, so gilt die Ware als genehmigt. Liegt ein versteckter Mangel vor, so muss der Käufer diesen unverzüglich nach der Entdeckung anzeigen.

Einseitiger Handelskauf (Verbrauchsgüterkauf)

Der Verbraucher muss die Ware nicht unverzüglich untersuchen. Innerhalb von sechs Monaten hat der Verkäufer eine mangelfreie Lieferung nachzuweisen. Normaler Verschleiß und unsachgemäße Benutzung gehen auch in dieser Zeit zu Lasten des Verkäufers.

Innerhalb von zwei Jahren kann der Verbraucher die gesetzlichen Gewährleistungsrechte in Anspruch nehmen, muss nach sechs Monaten aber nachweisen, dass der Mangel nicht durch normalen Gebrauch oder unsachgemäße Nutzung zustande gekommen ist. Die Gewährleistung kann bei gebrauchten Waren vom Verkäufer auf ein Jahr verkürzt werden.

Gefahrenübergang/Transportrisiko

Versendungskauf

Beim Zweiseitigen Handelskauf und dem Privatverkauf ist der Erfüllungsort der Sitz des Verkäufers. Die Gefahr geht mit der Übergabe an den Frachtführer an den Kunden über. Der Kunde kann daher Anweisungen über die Art der Versendung erteilen. Diese Regelung besteht nicht, wenn der Verkäufer die Ware selbst zum Kunden transportiert (dann muss der Verkäufer bis zur Übergabe die Gefahr

tragen).

Der Kunde kann dem Frachtführer gegenüber Schadensersatz geltend machen.

Verbrauchsgüterkauf

Beim einseitigen Handelskauf findet der Gefahrenübergang mit der Übergabe an den Käufer statt. Der Käufer trägt das Risiko des Transportes und kann daher die Verpackung und die Art der Beförderung wählen.

Rechte des Käufers bei Mängeln

Nacherfüllung

Der Käufer kann zwischen der Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) und der Lieferung einer mangelfreien Sache (Neulieferung) wählen. Die Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten hat dabei der Verkäufer zu tragen.

Würde die geforderte Nacherfüllungsregelung für den Verkäufer unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen, so kann er die geforderte Regelung verweigern. Der Kunde kann dann aber auf die andere Regelung Nacherfüllungsregelung bestehen.

Rücktritt vom Kaufvertrag

Bestehen Sach- oder Rechtsmängel und sind mindestens zwei Nachbesserungsversuche fehlgeschlagen oder wird die Nacherfüllung verweigert, so hat der Kunde das Recht zum Rücktritt vom Kaufvertrag. Bestehen allerdings nur geringfügige Mängel, so besteht dieses Recht nicht.

Minderung des Kaufpreises

Nach Frisetzung und Ablauf dieser Frist kann der Kunde auf eine Minderung des Kaufpreises bestehen. Diese Recht steht im auch bei geringfügigen Mängeln zu.

Schadensersatz

Nach erfolgtem Rücktritt vom Kaufvertrag kann bei einer objektiven Pflichtverletzung aus dem Kaufvertrag, einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Handlung des Verkäufers oder einer verstrichenen Nacherfüllungsfrist Schadensersatz gefordert werden. Dabei können die Leistungen des Kunden im Vertrauen auf die Nutzung der Ware und der Verzugsschaden geltend gemacht werden.

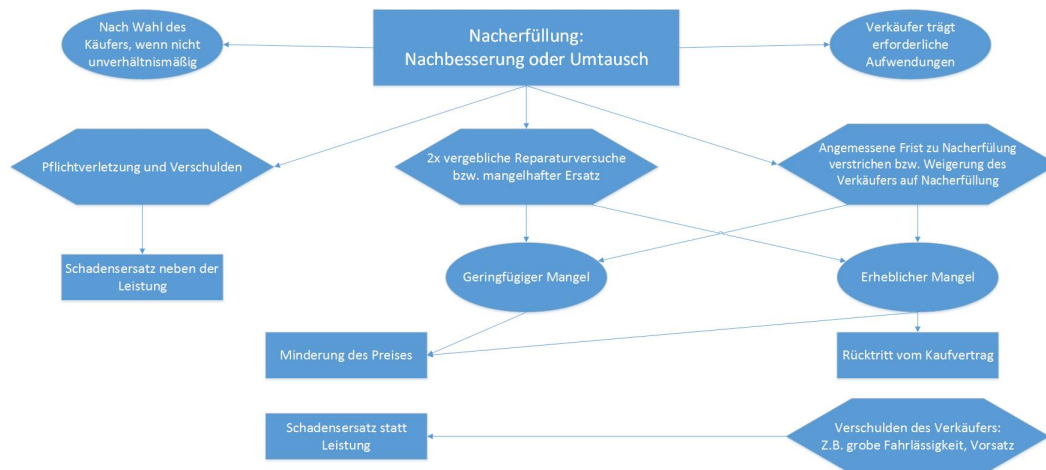
Montageanleitung

Ist die Montageanleitung nicht einfach, klar und richtig formuliert (IKEA-Klausel), kann von einem Mangel an der Ware ausgegangen werden. Wird der vereinbarte Zusammenbau bei der Anlieferung vom Monteur nicht ordnungsgemäß durchgeführt, so kann auch dies reklamiert werden.

Fernabsatzrecht

Das Fernabsatzrecht beinhaltet Haustürgeschäfte und den Internethandel. Grundsätzlich besteht für diese Geschäfte ein zweiwöchiges Widerrufs- und Rückgaberecht ohne Begründung. Der Verkäufer trägt die Kosten der Rücksendung, wenn der Preis der Ware 40€ übersteigt und noch keine Gegenleistung in Form der Kaufpreiszahlung geleistet wurde. Bei mangelhafter Belehrung kann sich das Widerrufsrecht auf bis zu sechs Monate verlängern. Die Anbieter müssen über die Ware und deren Lieferbedingungen ausführlich informiert werden.

Werden Waren ohne Bestellung geliefert, so brauchen diese nicht aufbewahrt oder zurückgeschickt werden.



1.14.2 Annahmeverzug

Eine Pflicht des Käufers ist es, die Ware anzunehmen.

Begriff

Ein Annahmeverzug liegt vor, wenn der Käufer die ordnungsgemäß gelieferte Ware (zur rechten Zeit am rechten Ort, mängelfrei) nicht annimmt. Ist hierbei jedoch keine genaue Leistungs- oder Lieferzeit bestimmt, so kommt der Käufer bei einer kurzzeitigen Abwesenheit nicht in Verzug. Der Leistungstermin muss vom Lieferanten eine angemessene Zeit vorher angekündigt werden.

Rechte des Verkäufers (Schuldners)

Der Verkäufer hat das Recht auf die Erfüllung des Vertrags. Daher kann er auf die Abnahme der Ware klagen. Die Ware kann er auf Kosten des Käufers hinterlegen (Dies betrifft unter Kaufleuten alle Gegenstände, beim Privatkau nur Wertgegenstände). Weiterhin hat der Verkäufer das Recht auf einen Selbsthilfeverkauf durch öffentliche Versteigerung. Soweit es zeitlich möglich ist, muss diese dem Käufer jedoch vorab angedroht werden und er muss über den Termin und den Ort der Versteigerung unverzüglich informiert werden.

Die Mehrkosten, die dem Verkäufer durch die Maßnahmen entstehen, kann er sich vom Käufer erstatten lassen. Nach einer Fristsetzung besteht zusätzlich die Möglichkeit eines Rücktritts vom Kaufvertrag.

Haftung für Waren nach dem Annahmeverzug

Der Verkäufer hat während des Annahmeverzugs des Käufers nur Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten. Mit dem Annahmeverzug geht die Gefahr auch für Schäden durch Zufall auf den Käufer über.

1.14.3 Lieferverzug

Eine Pflicht des Verkäufers ist es, die Ware zum vereinbarten Zeitpunkt einwandfrei zu übergeben.

Voraussetzungen für Lieferverzug (nicht rechtzeitige Lieferung)

Ein Lieferverzug tritt ein, wenn die Frist des Liefertermins überschritten wird und eine Mahnung mit angemessener Nachfrist erfolglos geblieben ist. Zusätzlich muss der Lieferer den Verzug verschuldet haben. Dabei hat er auch das Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen zu vertreten.

Ein Lieferverzug tritt auch ohne Mahnung auf, wenn der Liefertermin kalendermäßig bestimmbar

ist, die Lieferer die Leistung verweigert oder aus besonderen Gründen im beiderseitigen Interesse der sofortige Verzug gerechtfertigt ist.

Schadensersatz

Nachdem eine angemessene Nachfrist abgelaufen ist und eine erhebliche Pflichtverletzung des Verkäufers vorliegt, hat der Käufer das Recht auf Schadensersatz. Bei verzögerter Leistung muss der Verkäufer die zusätzlichen Aufwendungen ersetzen. Wenn auch eine Nachfrist keinen Erfolg bringt kann der Käufer Schadensersatz statt der Leistung fordern. Wird vom Verkäufer nur eine Teilleistung erbracht, so kann der Käufer nur Schadensersatz statt der ganzen Leistung verlangen, wenn er an der Teilleistung kein Interesse hat. Bereits geleistete Teilleistungen können dann vom Verkäufer zurückverlangt werden.

Konventionalstrafe

Käufer und Verkäufer können im Kaufvertrag eine Vertragsstrafe vereinbaren. Damit ersparen sich die Vertragspartner den Aufwand, einen eventuellen Schaden zu berechnen und haben vorab Klarheit über die Folgen im Falle des Verzugs.

sonstige Rechtsbestimmungen

Wird im Kaufvertrag kein Liefertermin genannt, so kann der Verkäufer sofort liefern und der Käufer die Lieferung sofort verlangen.

Wenn offensichtlich ist, dass die Voraussetzungen für den Rücktritt vom Kaufvertrag eintreten werden, kann der Käufer bereits vor Eintritt der Fälligkeit zurücktreten.

Vom ganzen Vertrag kann der Käufer jedoch nur zurücktreten, wenn er an der Teilleistung kein Interesse hat.

Ist der Käufer weit überwiegend für den Verzug verantwortlich, so kann er nicht vom Vertrag zurücktreten.

1.14.4 Zahlungsverzug

Eine weitere Pflicht des Käufers ist es, die vereinbarte Zahlung zu leisten.

Voraussetzungen

Ein Zahlungsverzug tritt bei einer Fristüberschreitung des Zahlungstermins an. Ein Verzug entsteht ohne Mahnung, wenn der Termin kalendermäßig bestimmbar ist oder die Zahlung vom Käufer verweigert wird.

Wenn nicht innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung gezahlt wird, tritt automatischer Zahlungsverzug ein. Ist dieser Zeitpunkt nicht feststellbar, so gilt Verzug spätestens nach Fälligkeit und Empfang der Gegenleistung.

Ist der Zahlungstermin nicht kalendermäßig bestimmbar, so tritt Verzug ein, wenn gemahnt wurde. Verbraucher müssen auf die 30-Tage-Frist besonders hingewiesen werden.

Der Käufer kommt nur in Verzug, wenn er das Unterbleiben der Leistung zu verschulden hat.

Rechte des Lieferers

Der Verkäufer kann ohne neue Fristsetzung auf eine nachträgliche Erfüllung des Kaufvertrags sowie auf Schadensersatz wegen Pflichtverletzung bestehen.

Mit einer neuen Fristsetzung kann der Verkäufer vom Vertrag zurücktreten (der Käufer muss die Leistung zurückgeben) sowie Schadensersatz statt Zahlung fordern.

Verzugszinsen

Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Ist in dem Rechtsgeschäft kein Verbraucher involviert, beträgt der Verzugszinssatz acht Prozentpunkte über

dem Basiszinssatz. Der aktuelle Basiszinssatz liegt bei -0,83%.
Bei der Berechnung der Tage wird nach der *Eurozinsmethode* vorgegangen. Danach wird jeder Monat kalendergenau und jedes Jahr mit 360 Zinstagen berechnet.